

Alexey Uvarov
Dezember 2025

Nachfolge und Imperium:

Wie imperiale Kontinuität die Bildung einer nationalen Identität in Russland behindert



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Germany
<https://www.russia.fes.de>
info.russia@fes.de

Herausgebende Abteilung

International Cooperation Department,
Russia Program of the FES

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Alexey Yusupov

Bildnachweise

Titelbild: Illustrationen von Freepik.com und Pixabay.com

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

November 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ <https://www.fes.de/publications>

Alexey Uvarov
Dezember 2025

Nachfolge und Imperium:

*Wie imperiale Kontinuität die Bildung einer nationalen
Identität in Russland behindert*

Inhalt

1. Zusammenfassung	3
2. Russland als Imperium: Die Gleichsetzung der Begriffe vor 1917	3
3. Die RSFSR: Überrest des Imperiums, verweigerter Subjektivität	4
4. 1990–1991: Souveränität, Grenzen und die Wiederentdeckung Russlands	4
5. 1991–1993: Ein neuer Name ohne neues Fundament	5
6. Zwischen Verlust und Vermächtnis: Imperiale Kontinuität und das Scheitern postsowjetischer Identität	6

Nachfolge und Imperium:

Wie imperiale Kontinuität die Bildung einer nationalen Identität in Russland behindert

1. Zusammenfassung

Diese Studie untersucht, wie die imperiale Kontinuität die Herausbildung einer kohärenten postsowjetischen nationalen Identität in Russland behindert hat. Historisch wurden die Begriffe „Russland“ und „Russisches Imperium“ weitgehend synonym verwendet. Nach 1917 übernahm die RSFSR den imperialen Raum, ohne dabei einen eigenständigen nationalen Charakter auszubilden. Während der gesamten Sowjetzeit fungierte die RSFSR als politisches Zentrum der UdSSR, verfügte jedoch über keine eigene Stimme.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 trat die Russische Föderation als souveräner Staat hervor und verabschiedete 1993 eine neue Verfassung. Dieser Übergang vollzog sich jedoch ohne symbolischen oder ideologischen Bruch mit der Vergangenheit. Es fand weder ein konstitutiver Neubeginn noch eine bürgerlich-republikanische Neudefinition statt; vielmehr blieben imperiale und sowjetische Symbole, Narrative und Empfindungen erhalten. Russland verstand sich fortan weniger als neue Republik denn als „truncated empire“, unvollständig innerhalb seiner de-jure-Grenzen von 1991.

Diese ungelöste Identitätskrise prägte sowohl die Innenpolitik als auch die Außenpolitik und trug zur Wiederbelebung expansionistischer Diskurse und Handlungen bei – am deutlichsten sichtbar in der Annexion der Krim im Jahr 2014. Die Idee eines „historischen Russlands“ füllte das Vakuum, das der Mangel an einer zukunftsgerichteten nationalen Vision hinterlassen hatte.

2. Russland als Imperium: Die Gleichsetzung der Begriffe vor 1917

Vor 1917 wurden die Begriffe „Russland“ und „Russisches Imperium“ im juristischen wie politischen Diskurs weitgehend synonym verwendet. Diese terminologische Gleichsetzung spiegelte das Verständnis des russischen Staatswesens als imperiale Einheit wider, die weit über den ethnisch-russischen Kern hinaus eine Vielzahl von Territorien und Völkern umfasste. Ein klares Beispiel für diese Austauschbarkeit bietet das Grundgesetz des Russischen Imperiums¹ von 1906, in dem die Begriffe „Russischer Staat“

(Gosudarstwo Rossiiskoe), „Russland“ und „Russisches Imperium“ als gleichwertige Bezeichnungen erscheinen. Die Vorstellung von „Russland“ schloss ohne Unterscheidung Polen, das Großfürstentum Finnland, den Kaukasus, Sibirien und Zentralasien ein. In juristischer und amtlicher Verwendung gab es keine sinnvolle Trennung zwischen dem geografischen Russland (Velikorossija) und der politisch-rechtlichen Entität des Russischen Imperiums.

Nach der Abdankung Nikolaus' II. während der Februarrevolution 1917 hielt die Provisorische Regierung an dieser Kontinuität fest. Erst am 1. September 1917 erklärte² Ministerpräsident Alexander Kerenski Russland zur Republik und markierte damit einen begrifflichen Übergang vom „Imperium“ zur „Republik“. Doch selbst zu diesem Zeitpunkt bezog sich der Begriff „Russische Republik“ weiterhin auf ein Territorium, das zahlreiche Teile des ehemaligen Imperiums umfasste – etwa die Ukraine, Belarus und den Kaukasus –, von denen einige aufgrund des Ersten Weltkriegs bereits unter deutsch-österreichischer Besatzung standen.

Die Bolschewiki, die im Oktober 1917 die Macht übernahmen, handelten weiterhin im Namen der gesamten „Russischen Republik“ – nicht lediglich im Interesse des ethnisch-russischen Kerns. Wie Josef Stalin in seinem Artikel „Die Politik der Regierung in der Nationalitätenfrage“³ von 1919 festhielt, beschleunigte die Oktoberrevolution die Zersplitterung des imperialen Territoriums. Man sprach zunehmend nicht mehr von „Russland“ als Ganzem, sondern von „Großrussland“ (Velikorossija) – ein implizites Eingeständnis, dass sich die Bedeutung des Begriffs „Russland“ unter dem Druck von Revolution und Krieg zu verengen begann.

Dennoch blieben zur Zeit der Verfassung von 1918 die Grenzen der neu ausgerufenen Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) unklar. Zwar hatten die Bolschewiki die Unabhängigkeit Finnlands und der Ukraine anerkannt und im Frieden von Brest-Litowsk das Baltikum sowie Teile des Kaukasus abgetreten, doch verstanden sie die RSFSR weiterhin als Nachfolgerin des umfassenderen imperialen Raums. Diese RSFSR war kein

¹ Grundgesetz des Russischen Imperiums (1906). Verfügbar unter: <https://www.hist.msu.ru/ER/Etext/apr1906.htm> (Zugriff am 9. Juni 2025). (auf Russisch)

² Dekret über die Ausrufung Russlands zur Republik (1917). Verfügbar unter: <https://constitution.garant.ru/history/act1600-1918/5203/> (Zugriff am 9. Juni 2025). (auf Russisch)

³ Stalin, J.W. (1919): Die Politik der Regierung in der Nationalitätenfrage, 31. Januar. Verfügbar unter: <https://www.marxists.org/reference/archive/stalin/works/1919/01/31c.htm> (Zugriff am 9. Juni 2025).

Nationalstaat für ethnische Russen, sondern das institutionelle Überbleibsel des Russischen Imperiums – umgestaltet zu einer Föderation ohne klar definierte ethnische oder territoriale Grenzen. Sie bestand aus jenen Regionen, die sich nicht erfolgreich abgelöst hatten und noch nicht wieder in die entstehende Sowjetunion eingegliedert waren. Im Kern bedeutete „Russland“ nun: alles, was das Imperium noch nicht verlassen hatte – eine Restkategorie statt ein bewusst definierter Nationalstaat.

3. Die RSFSR: Überrest des Imperiums, verweigerter Subjektivität

Die Gründung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) in den Jahren 1917–1918 markierte die Umwandlung des imperialen Kerns in eine neue föderale Einheit – jedoch nicht in einen Nationalstaat. Anders als die übrigen auf den Trümmern des Imperiums entstandenen Republiken erhob die RSFSR weder den Anspruch auf eine eigene nationale Identität, noch entwickelte sie eine solche. Sie war weder als Staat für ethnische Russen gedacht, noch erfüllte sie diese Funktion. Vielmehr übernahm sie die Überreste des Imperiums – jene Gebiete, die sich nicht hatten abspalten können oder dürfen.

Die Verfassung der RSFSR von 1918 legte weder die Grenzen der Republik noch ihren ethnischen oder staatsbürgerlichen Charakter fest. Während die Ukraine, Finnland, das Baltikum und Teile des Kaukasus den imperialen Raum verließen, blieb der RSFSR das, was übrig war – Territorien, die noch nicht verloren gegangen waren oder noch nicht zu eigenständigen Republiken organisiert wurden. Auf diese Weise war Russland nach der Revolution keine klar abgegrenzte nationale Einheit, sondern eine Reststruktur, die weite Landstriche und Bevölkerungen ohne den Rahmen eines Nationalstaats bewahrte.

Wichtig ist, dass die sowjetische Führung niemals beabsichtigte, die RSFSR zu einer russischen Nationalrepublik zu machen. Die offizielle Erzählung betonte Internationalismus und Föderalismus und stellte die RSFSR als neutrale Verwaltungshülle dar – nicht als Trägerin russischer Souveränität. Dieses Fehlen nationaler Selbstdefinition wurde über Jahrzehnte sowjetischer Herrschaft verstärkt und institutionell verankert. Die RSFSR verfügte bis 1990 über keine eigene Kommunistische Partei, keine eigenständigen kulturellen oder akademischen Einrichtungen und keine Vertretung in außenpolitischen Angelegenheiten. Sie war die einzige Unionsrepublik, der es nicht gestattet war, sich als nationale Einheit zu artikulieren. Wie der Historiker Terry Martin feststellte, waren die Russen die „awkward nationality“⁴ – zugleich zentral und doch institutionell entrechtet.

Der Hintergrund dieses Designs war politischer Natur. Die sowjetische Führung fürchtete, eine nationalbewuss-

te RSFSR könne die anderen Republiken dominieren und das Gleichgewicht der multinationalen Union gefährden. Die Unterdrückung russischer politischer Subjektivität war daher kein Versehen, sondern ein zentrales Strukturmerkmal des sowjetischen Systems. Besonders deutlich wurde dies während der sogenannten „Leningrader Affäre“ (1949–50), als Funktionäre der RSFSR die Einführung einer eigenen Flagge vorschlugen und über die Schaffung eines russischen Büros innerhalb der Kommunistischen Partei diskutierten. Diese Vorstöße wurden als verschleierte Nationalismus gedeutet und mit harter Repression beantwortet. Die Verhaftungen und Hinrichtungen der RSFSR-Funktionäre sendeten eine unmissverständliche Botschaft: Jeder Versuch, russische Identität außerhalb des sowjetischen Rahmens zu artikulieren, würde zerschlagen.

In der Folge fungierte die RSFSR als administrativer und wirtschaftlicher Motor der UdSSR, verfügte jedoch über keinerlei politische Instrumente zur Selbstvertretung. Sie beherbergte die Unionsinstitutionen, finanzierte den sowjetischen Staat und trug maßgeblich zu dessen Ressourcen bei, hatte aber keine Möglichkeit, eigene Interessen zu artikulieren. Dieses institutionelle Schweigen hielt bis zur Perestroika an, als Reform und Krise die Frage nach der politischen Identität Russlands erneut aufwarfen. Gegen Ende der 1980er-Jahre begannen russische Intellektuelle und Politiker zunehmend, die Stellung der RSFSR als eine Form innerer Kolonisierung zu beschreiben. Forderungen nach einer eigenen russischen Kommunistischen Partei und Klagen über ökonomische Ausbeutung durch das Unionszentrum wurden immer lauter. In diesem spätsowjetischen Moment begann die RSFSR, erneut als politisches Subjekt in Erscheinung zu treten – nicht durch ein Projekt nationaler Selbstfindung, sondern als Reaktion auf jahrzehntelange Unterdrückung und Unsichtbarkeit.

4. 1990–1991: Souveränität, Grenzen und die Wiederentdeckung Russlands

Das politische Erwachen der RSFSR in den Jahren 1990–1991 bedeutete einen tiefgreifenden Wandel: von einer unterdrückten Verwaltungseinheit innerhalb der UdSSR hin zu einer Republik, die ihre Souveränität einforderte. Doch dieser neue Anspruch auf Eigenständigkeit legte sofort ein tiefer liegendes, ungelöstes Problem offen – was genau war Russland? Wo lagen seine Grenzen, worin bestand sein historisches Fundament, und wie verhielt es sich zum imperialen und sowjetischen Erbe?

Die Erklärung der staatlichen Souveränität der RSFSR, verabschiedet am 12. Juni 1990, markierte einen Meilenstein in der Wiederbelebung republikanischer Autorität. Das Dokument sprach von den „historisch vereinten Völkern“ Russlands und bezog sich vage auf eine „Staatlichkeit Russlands mit jahrhundertealter Geschichte“. Anders als die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen oder kaukasischen Republiken enthielt es jedoch keinerlei Bezug

⁴ Martin, T. (1998): 'The Russification of the RSFSR', *Cahiers du Monde Russe*, 39(1–2), S. 99–117. Verfügbar unter: https://www.persee.fr/doc/cmr_1252-6576_1998_num_39_1_2515 (Zugriff am 9. Juni 2025).

auf vorsowjetische demokratische oder imperiale Traditionen. Der Souveränitätsanspruch der RSFSR gründete nicht auf einem klaren historischen Modell, sondern auf gegenwärtiger Unzufriedenheit.

Diese begriffliche Unschärfe ging einher mit rechtlicher und territorialer Ambiguität. Während die Sowjetunion zerfiel, verfügte die RSFSR – die bald zur Russischen Föderation werden sollte – über keine klar definierten, international anerkannten Grenzen. Ihre inneren Verwaltungsgrenzen standen kurz davor, zu Staatsgrenzen zu werden – ein Vorgang, der in der Praxis hingenommen, von den politischen Eliten jedoch selten als endgültig oder legitim anerkannt wurde.

Diese Mehrdeutigkeit wurde im August 1991 besonders deutlich, als Pawel Woščanov, Pressesprecher von Präsident Jelzin, öffentlich erklärte,⁵ die RSFSR behalte sich das Recht vor, ihre Grenzen zu den ehemaligen Unionsrepubliken – mit Ausnahme der baltischen Staaten – zu revidieren. Zwar distanzierte sich Jelzin später von dieser Aussage, doch Pawel Woščanov blieb im Amt, und die Idee eines „historischen Russlands“ hielt sich weiterhin in der politischen Rhetorik.

Das Zögern, die Grenzen nach 1991 als dauerhaft anzuerkennen, spiegelte eine tiefere Identitätskrise wider. Viele politische Akteure – über das gesamte ideologische Spektrum hinweg – betrachteten die RSFSR nicht als vollständigen Ausdruck Russlands, sondern lediglich als ein vorübergehendes Fragment.⁶ Die weitverbreitete Nostalgie für das imperiale und sowjetische Erbe erschwerte die Formulierung einer neuen Vorstellung von Russland als klar abgegrenztem, eigenständigem und souveränem Nationalstaat. Diese Unsicherheit schlug sich auch in der symbolischen Politik nieder: Die Trikolore, die Ende der 1980er-Jahre informell von der demokratischen Opposition übernommen worden war, tauchte zunehmend bei offiziellen Anlässen auf. Gleichzeitig verwendete der Staat weiterhin sowjetische Embleme. Die RSFSR verfügte über keine neue Verfassung, sondern agierte auf Grundlage der stark überarbeiteten sowjetischen Verfassung von 1978, die die Machtverhältnisse noch immer über das System der Sowjets definierte.

Selbst als Boris Jelzin im Juni 1991 zum Präsidenten der RSFSR gewählt und im Juli ins Amt eingeführt wurde, spiegelte die Symbolik des Ereignisses eher Zurückhaltung als einen Bruch wider. In seiner Antrittsrede⁷ vermied er jede konkrete Bezugnahme auf das imperiale oder sowjetische Erbe und betonte stattdessen eine vage Vorstellung histori-

scher Kontinuität und demokratischer Neuheit – „zum ersten Mal seit tausend Jahren“, so Jelzin, „legt ein russischer Präsident einen Eid vor dem Volk ab“.

Der Schwellenstatus der RSFSR in den Jahren 1990–1991 – weder ein vollständig neuer Staat noch eine eindeutige Fortsetzung – machte den Gründungsmoment der Russischen Föderation zu einem ambivalenten Ereignis. Anders als postkoloniale oder postkommunistische Nachbarstaaten, die ihre Unabhängigkeit als klaren Bruch inszenierten, verzichtete Russland darauf, sich bewusst in Abgrenzung zu seiner Vergangenheit zu definieren. Schon der Staatsname „Russische Föderation“ übernahm die sprachliche Struktur sowjetischer Terminologie; eine verfassungsgebende Versammlung wurde nicht einberufen, um eine neue Ordnung zu legitimieren; und ein politischer Konsens über die Bedeutung des Jahres 1991 entstand nicht.

5. 1991–1993: Ein neuer Name ohne neues Fundament

Am 25. Dezember 1991 wurde die RSFSR offiziell in „Russische Föderation“ umbenannt, und noch am selben Tag trat Michail Gorbatschow zurück – die Sowjetunion hörte auf zu existieren. Trotz dieses tiefgreifenden Wandels blieb jedoch die Verfassung der RSFSR von 1978 – ein unter sowjetischer Herrschaft entstandenes Dokument – weiterhin in Kraft. Sie war zwar 1990 und 1991 mehrfach geändert worden, um ein Präsidialsystem und eine sich entwickelnde föderale Struktur zu ermöglichen, doch ihre Grundlagen blieben sowohl in Form als auch im Geist sowjetisch geprägt.

Anders als die baltischen Republiken oder andere osteuropäische Staaten, die ihre postkommunistische Identität auf vorsowjetische verfassungsrechtliche Traditionen stützten oder verfassungsgebende Versammlungen einberiefen, erklärte Russland weder die Gründung einer neuen Republik noch verabschiedete es ein konstituierendes Dokument. Es erfolgte keine Neudefinition der Staatsbürgerschaft, keine juristische Erklärung eines Bruchs mit der sowjetischen Vergangenheit und auch kein formeller Anspruch auf historische Kontinuität mit dem Russischen Imperium oder der Provisorischen Regierung von 1917. Im Gegensatz zu Lettland, das sich rechtlich als Wiederherstellung der Zwischenkriegsdemokratie verstand, blieb Russland eine umbenannte Struktur ohne grundlegende Neufassung.

Das Fehlen eines konstituierenden Moments hatte weitreichende Folgen. Es führte zu einer Situation, in der sich die Legitimität des neuen russischen Staates eher auf institutionelle Trägheit als auf politischen Konsens oder nationale Selbstvergewisserung stützte. Die fragmentierte Verfassungsstruktur ermöglichte es widersprüchlichen politischen Kräften – etwa liberalen Reformern und ehemaligen sowjetischen Bürokraten –, innerhalb desselben administrativen Rahmens zu koexistieren, was Entscheidungsprozesse häufig blockierte.

⁵ Woščanov, Pavel I.: *Elcin kak navaždenie. Zapiski političeskogo prochodimca*, Moskva 2019. S.189.

⁶ Zubok, V.M. (2022) *Collapse: The Fall of the Soviet Union*. New Haven: Yale University Press, S. 173.

⁷ Jelzin, B.N. (1991): Rede nach Ablegung des Präsidenteneids, 10. Juli 1991. Verfügbar unter: <https://yeltsin.ru/archive/paperwork/9678/> (Zugriff am 9. Juni 2025). (auf Russisch)

Die Parlamentskrise im Oktober 1993, in der Präsident Jelzin per Dekret den Obersten Sowjet auflöste und schließlich das Militär anordnete, das Parlamentsgebäude zu beschießen, verdeutlichte die Fragilität des übernommenen institutionellen Rahmens. In der Folge dieser Krise setzte Jelzin mittels eines umstrittenen Referendums eine neue Verfassung durch, die Ende 1993 in Kraft trat. Zwar etablierte sie ein starkes Präsidialsystem und definierte eine formale Gewaltenteilung, doch enthielt sie keine Präambel, die die Geburt eines neuen Staates erklärte, noch stellte sie Russland als Bruch mit seinen imperialen oder sowjetischen Vorgängern dar. Vielmehr übernahm sie zahlreiche institutionelle und symbolische Kontinuitäten – darunter den Staatsnamen „Russische Föderation“ – und verzichtete auf jede Bezugnahme auf das Jahr 1991 als Gründungsdatum.

Das Fehlen einer symbolischen und rechtlichen Neugründung hinterließ den russischen Staat in einer ambivalenten Lage. Er war weder postimperial im Sinne Polens oder der baltischen Staaten, noch postkommunistisch in der Weise, wie es die Ukraine oder Georgien zu sein versuchten. Russlands Weg nach 1991 war geprägt von rechtlicher Kontinuität ohne ideologische oder nationale Klarheit – eine Konstellation, die es ermöglichte, dass sowohl imperiale Nostalgie als auch sowjetischer Revanchismus als wirkmächtige Strömungen im öffentlichen Diskurs fortbestanden.

6. Zwischen Verlust und Vermächtnis: Imperiale Kontinuität und das Scheitern postsowjetischer Identität

In den 1990er-Jahren und bis weit in die 2000er hinein stellte der russische Staat imperiale und sowjetische Symbole wieder her und eignete sie sich neu an – mit dem Ziel, Kontinuität und Stabilität zu behaupten. Die Einführung der Trikolore und des Doppeladlers rief das imperiale Erbe wach, während die Wiedereinführung der Melodie der sowjetischen Nationalhymne unter Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 eine bewusste Integration des sowjetischen Erbes in die postsowjetische Staatlichkeit signalisierte. Diese symbolische Überlagerung verwischte die Grenze zwischen Regimewechsel und Regimefortsetzung und festigte das Bild des russischen Staates als ununterbrochene Nachfolgerin einer tausendjährigen historischen Linie.

Dieselbe Logik zeigte sich auch in der staatlichen Erinnerungskultur. Der Tag des Sieges am 9. Mai, der an den sowjetischen Triumph im Zweiten Weltkrieg erinnert, blieb das zentrale Ritual nationalen Stolzes, während der 12. Juni – offiziell als „Tag Russlands“ zur Erinnerung an die Souveränitätserklärung von 1990 eingeführt – keine kulturelle Verankerung fand. Nur wenige Bürger verbanden ihn mit einem bedeutenden Moment demokratischen Wandels oder bürgerlicher Erneuerung. Die fortwährende Präsenz sowjetischer Erinnerung im Zentrum des nationalen Selbstverständnisses war nicht nur Ausdruck staatlicher Politik, sondern auch Folge des Fehlens einer konkurrierenden Erzählung.

Diese symbolische Ausrichtung prägte auch die öffentliche Haltung. Umfragen staatlicher und unabhängiger Meinungsforschungsinstitute bestätigten immer wieder, dass eine Mehrheit der Russinnen und Russen den Zerfall der Sowjetunion eher als geopolitische Tragödie denn als Moment der Befreiung wahrnahm.⁸ Wladimir Putins Aussage von 2005, wonach der Zusammenbruch der UdSSR „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“⁹ gewesen sei, verlieh diesem Empfinden eine offizielle Stimme und bestätigte eine Weltsicht, in der das postsowjetische Russland als begrifflich unvollständig erscheint.

Infolgedessen wurde Russland in den 2000er-Jahren weniger durch das definiert, was es war, als durch das, was es verloren hatte. Die Vorstellung der Russischen Föderation als eines „truncated empire“¹⁰ setzte sich sowohl im elitären Diskurs als auch in der populären Vorstellung durch. Die 1991 festgelegten Grenzen wurden nicht als Fundament souveräner Staatlichkeit betrachtet, sondern als vorläufige Begrenzungen – Linien, die zu überschreiten wären, sobald es die Geschichte zuließe. Dieses Gefühl territorialer und zivilisatorischer Unvollständigkeit bildete die ideologische Grundlage sowohl der innenpolitischen Orientierung als auch der Außenpolitik und trug unmittelbar zur Wiederbelebung expansionistischer Narrative unter den Schlagworten „historisches Russland“ und „Russische Welt“ bei.

Die Annexion der Krim im Jahr 2014 und die darauf folgenden Interventionen im postsowjetischen Raum waren keine Ausreißer, sondern Ausdruck dieser ungelösten Identitätsfrage. In Ermangelung einer postimperialen, staatsbürgerlich orientierten Vision griff der russische Staat auf eine Logik der Rückgewinnung zurück – auf die Vorstellung, dass wahre Souveränität die Wiedervereinigung mit Territorien erfordere, die als Teil des historischen Selbst Russlands gelten. In diesem Deutungsrahmen waren staatliche Grenzen nachrangig gegenüber zivilisatorischen Frontlinien, und die Gegenwart stand stets unter dem Vorbehalt geschichtlicher Korrektur.

Auch im Innern prägte dieselbe Logik die Erinnerungspolitik. Lehrpläne betonten die Kontinuität und Stärke des sowjetischen Staates und stellten ihn nicht als totalitäre Abweichung, sondern als Quelle staatlicher Legitimität dar. Museen und Schulbücher förderten Erzählungen imperialer Größe und militärischer Siege, während die demokratischen und verfassungsrechtlichen Experimente der frühen 1990er-Jahre an den Rand gedrängt wurden. Das staatliche Identitätsprojekt konzentrierte sich auf historische Größe, Opferbereitschaft und Einheit – und ließ dabei wenig Raum

⁸ Filimonov, S. (2023): Nostalgie nach der UdSSR: Wie sich die Einstellung der Russen zum Zerfall der Sowjetunion verändert hat. Forbes Russia. Verfügbar unter: <https://www.forbes.ru/forbeslife/489363-nostal-gia-po-sssr-kak-menalos-otnosenie-rossian-k-raspadu-sovetskogo-souza> (Zugriff am 16. Juni 2025).

⁹ NBC News (2005) 'Putin: Soviet collapse a "genuine tragedy"', NBC News, 25. April. Verfügbar unter: <https://www.nbcnews.com/id/wbna7632057> (Zugriff am 9. Juni 2025).

¹⁰ Plokhy, S. (2017) Lost Kingdom: The Quest for Empire and the Making of the Russian Nation from 1470 to the Present. New York: Basic Books, S. 348.

für Pluralismus, individuelle Rechte oder starke demokratische Institutionen.

Diese Rückkehr zu einem imperialen Deutungsmuster hatte tiefgreifende Folgen. Nach innen behinderte sie die Herausbildung einer staatsbürgerlichen Nationalidentität, die Russlands vielfältige Bevölkerung in ein gemeinsames Projekt demokratischer Bürgerschaft hätte einbinden können. Nach außen stellte sie Russland als revisionistische Macht dar, die sich mit der nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen internationalen Ordnung grundsätzlich schwer tat. Die Vorstellung, Russland sei „unvollständig“, solange es nicht an seinen „angestammten Platz“ zurückgekehrt sei, wurde zu einem zentralen Prinzip des politischen Diskurses.

Was weiterhin fehlte, war eine klare Bestimmung Russlands als moderne Republik: ein Staat, der dem Recht verpflichtet ist, auf bürgerlicher Gleichheit beruht und in die Zukunft gerichtet ist. Stattdessen wurde Identität zu einer bedingten Größe – gefangen zwischen Erinnerung und Anspruch, Stabilität und Nostalgie. Gerade der staatliche Erfolg, seit 1991 symbolische und institutionelle Kontinuitäten aufrechtzuerhalten, wurde zur Last: Er verhinderte den gedanklichen Bruch, der für eine nationale Neuerfindung notwendig gewesen wäre.

Über den Autor

Alexey Uvarov ist Politikwissenschaftler und Historiker mit Schwerpunkt auf der russischen Erinnerungspolitik und der postsowjetischen Identität. Er ist Gastwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum und wird im Rahmen der Fedor-Stepun-Initiative gefördert. Er hat sowohl zu wissenschaftlichen Publikationen als auch zu unabhängigen Medien beigetragen, darunter Meduza und Dekoder.

Nachfolge und Imperium:

Wie imperiale Kontinuität die Bildung einer nationalen Identität in Russland behindert

Das Papier untersucht, wie imperiale Kontinuitäten die Herausbildung einer kohärenten postsowjetischen nationalen Identität in Russland behindert haben. Seit 1917 ist es Russland nicht gelungen, ein eigenständiges bürgerliches Staatsverständnis zu entwickeln; stattdessen wurden institutionelle und symbolische Strukturen des imperialen wie auch des sowjetischen Erbes fortgeführt. Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) fungierte als administratives Zentrum der UdSSR – jedoch ohne nationale Subjektivität oder eigene politische Stimme. Nach 1991 entstand die Russische Föderation zwar als formal souveräner Staat, doch ohne symbolischen oder ideologischen Bruch mit der Vergangenheit. Das Fehlen eines konstitutiven Neuanfangs ließ imperiale und sowjetische Narrative fortbestehen und verhinderte eine klare nationale Selbstdefinition. Dieses Vakuum füllte sich mit Nostalgie und expansionistischen Deutungen, die in der Annexion der Krim 2014 ihren sichtbarsten Ausdruck fanden. Russland erscheint seither weniger als moderne Republik denn als „truncated empire“, dessen Legitimität sich aus historischem Erbe statt aus bürgerlich-schaftlichem Konsens ableitet.

Further information on this topic can be found here:

➤ www.fes.de